

Smith den Vorschlag, Mosambik solle entlang des Sambesi geteilt werden und die nördlichen Provinzen der FRELIMO überlassen bleiben, in der diese keine ökonomische und daher auch keine politische Zukunft finden könne. Im wirtschaftlich entwickelten Süden, in dem die Interessen Salisburys und Pretorias lagen (Transitverkehr, Wanderarbeit, Warenaustausch), sollte eine Staatsgründung unter Uria Simango, einer rassistisch-nationalistisch orientierten, einst zum Führungskreis der FRELIMO zählenden Persönlichkeit, erfolgen. Dieser Vorschlag wurde vom Kabinet Vorster als nicht tragfähig abgelehnt. Eine Regierung Simango stelle zur FRELIMO unter Samora Machel keine realpolitische Alternative dar; sie sei außerstande, ausreichende politische und soziale Unterstützung in Mosambik zu finden.

Stattdessen entschloß sich die Regierung Vorster zu folgender Grundsatzentscheidung: Die Staatsgründung durch die FRELIMO unter Machel wird akzeptiert. Die RSA kooperiert auf wirtschaftlichem Gebiet mit Mosambik; hierdurch seien die Strukturen ökonomischer Abhängigkeit dieses Landes zu erhalten, um auf dieser Grundlage langfristig auf die politische Militanz der FRELIMO kontrollierend einwirken zu können.

Jene COMECON-Option sollte daher dazu beitragen, Mosambik zumindest auf ökonomischem Gebiet dem südafrikanischen Zugriff zu entziehen. Dieser Versuch wurde schließlich von der mosambikanischen Regierung durch ihr Engagement in der Konferenz zur Koordinierung der Entwicklung im Südlichen Afrika (Southern African Development Co-ordination Conference, SADCC) ergänzt. Die SADCC-Staaten teilen die Erfahrung, daß Pretoria die bestehenden Strukturen wirtschaftlicher Verflechtung mit Südafrika als Hebel zur Pression und politischen Einflußnahme einsetzt. So zielt die SADCC-Initiative darauf ab, durch wirtschaftliche Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten diese wirtschaftliche Abhängigkeit schrittweise zurückzudrängen.

3. Destabilisierung und Nkomati-Abkommen

In der Periode 1975–1980/81 entsprach das ökonomisch-politische Verhalten Südafrikas gegenüber Mosambik weitgehend den Richtlinien jener Grundsatzentscheidung aus dem Jahre 1974. Auch der Übergang zur Politik offener militärischer Destabilisierung ist nicht ohne weiteres als eine Abkehr der RSA von dieser langfristigen Konzeption zu werten. Vielmehr traf die Destabilisierung Mosambik nicht nur während einer rasch fortschreitenden Wirtschaftskrise, sondern vor allem auch zu einem Zeitpunkt fehlgeschlagener außen- und wirtschaftspolitischer Orientierung auf den COMECON.

Ungeachtet intensivster Anstrengungen der mosambikanischen Regierung, jene COMECON-Option zu realisieren, hatte sich gezeigt, daß diese Staaten nicht bereit oder imstande waren, diesem Lande umfangreiche und langfristige Kredite einzuräumen und in nennenswertem Ausmaß die wirtschaftliche Zusammenarbeit nach dem Kompensationsprinzip zu gestalten. Diese ökonomische Verweigerung der COMECON-Staaten sowie die schließlich auf der Tagung des COMECON in Prag im Januar 1981 erfolgte Ablehnung des formalen Aufnahmeantrags Mosambiks zur vollen Mitgliedschaft hatten daher jener COMECON-Option jede Grundlage ihrer Realisierbarkeit entzogen. Hiermit waren jedoch nicht allein die seit 1975 unterstellten Rahmenbedingungen und Prämissen der Langzeitplanung entfallen, vielmehr war durch die Verweigerung des COMECON auch der oben benannten regionalpolitischen Konzeption Mosambiks die entscheidende Grundlage entzogen.

Durch diese Entwicklung blieb die mosambikanische Regierung regionalpolitisch auf die Bemühungen der SADCC-Initiative verwiesen, die wirtschaftliche Abhängigkeit von Südafrika zurückzudrängen. Die SADCC definiert die Entwicklung eines Transport- und Kommunikationssystems zwischen den Mitgliedstaaten als entscheidende »erste Phase« ihrer wirtschaftli-

